



WIRTSCHAFT, ARBEIT UND FINANZEN

DIE MITTE.

CDU

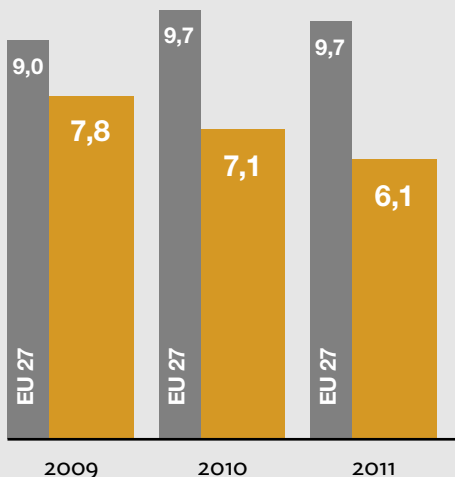
MIT STARKEM AUFSCHWUNG AUS DER KRISE!

„Deutschland ist ein starkes Land. Wir stehen besser da als vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Deutschland ist zu einer Wachstumslokomotive für den ganzen Kontinent geworden.“

Kieler Erklärung des CDU-Bundesvorstandes 2012.

- **Gemeinsam geschafft: Stärkstes Wachstum seit der Deutschen Einheit.** Deutschland ist bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit besser durch die Krise gekommen als alle anderen Industriestaaten. Unser Land erreichte im Jahr 2010 ein Rekordwachstum von 3,7 Prozent – das höchste seit der Wiedererlangung der Deutschen Einheit. Auch 2011 wurde eine Wachstumsrate um drei Prozent erzielt. Möglich wurde dieser Erfolg durch gemeinsame Anstrengungen von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Politik.
- **Deutsches Jobwunder.** Das Ausland spricht anerkennend vom „deutschen Jobwunder“. Die Unternehmen suchen derzeit so viele Arbeitskräfte wie schon lange nicht mehr. Und noch nie hatten in Deutschland mehr Menschen Arbeit als heute. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1991 – die Zahl der Arbeitslosen ist bei uns unter die Drei-Millionen-Marke gesunken. Unter der CDU-geführten Bundesregierung ist Deutschland bei der Arbeitslosenquote seit 2005 vom 25. Platz unter den 27 EU-Ländern auf den

ARBEITSLOSENQUOTE 2009 – 2011 IM VERGLEICH



Quelle: Eurostat, Angaben in Prozent

vierten Platz vorgerückt! 2005 lag die Arbeitslosenquote 36 Prozent über, 2011 mehr als 40 Prozent unter dem EU-Durchschnitt. Gegenüber Ende 2005 hat sich bei uns die Arbeitslosenquote mehr als halbiert, während sie im Durchschnitt der anderen EU-Länder um ein Viertel stieg.

Unsere Arbeitslosenquote war Ende 2011 auch etwa ein Drittel niedriger als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise

2008/2009. In fast allen anderen Ländern liegt sie heute höher als damals – im Schnitt der 15 EU-Mitglieder mit Beitritt vor 2004 sogar um mehr als ein Drittel.

Zum ersten Mal verzeichnen wir nach einer Wirtschaftskrise auch einen deutlichen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. Für Menschen, die bislang geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten, ergeben sich hierdurch neue Perspektiven, ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbewusst zu gestalten.

- **Arbeitsmarkterfolg für ältere Arbeitnehmer.** Die Belegung am Arbeitsmarkt erreicht gerade auch die Älteren: Die Zahl der Arbeitslosen über 55 Jahre hat sich gegenüber dem Jahr 2000 nahezu halbiert. Drei von vier Beschäftigten zwischen 55 und 64 Jahren haben sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen. EU-weit hat unsere Erwerbstätigenquote in dieser Altersgruppe – nach Schweden – mittlerweile den zweithöchsten Wert. Die Erwerbstätigenquote im Alter zwischen 60 und 65 Jahre hat sich seit 2000 bei uns mehr als verdoppelt.

■ **Arbeitsmarkterfolg für Berufseinsteiger und Jüngere.**

Auch bei den unter 25-Jährigen ist der Erfolg deutlich: Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen hat sich bei uns seit 2005 halbiert und ist die geringste seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe war Ende 2011 mit rund acht Prozent die niedrigste in der gesamten EU. Die Jugend in Deutschland hat damit Entfaltungsmöglichkeiten, um die sie ihre Altersgenossen in vielen anderen europäischen Ländern – mit Jugendarbeitslosenquoten von teilweise mehr als 40 Prozent – beneiden. Gerade für die Zukunft einer Gesellschaft ist es wichtig, dass junge Menschen Arbeit finden und damit ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können.

- **Verantwortungsvolle Tarifpartner.** Eine weitsichtige Tarifpolitik und Umstrukturierungen in Unternehmen haben es möglich gemacht, dass die Lohnstückkosten bei uns innerhalb von sieben Jahren stärker als in fast allen anderen Ländern sanken. Dies ist besonders wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit der Exportnation Deutschland.

- **Haushaltskonsolidierung.** Gute Wachstums- und Beschäftigungszahlen führen zu weniger Ausgaben auf dem Arbeitsmarkt einerseits und stabilen Steuereinnahmen andererseits. Das hilft bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. So gilt auch im finanziellen Bereich, dass Deutschland die Krise vergleichsweise gut überstanden hat – die Neuverschuldung war 2011 mit 1,0 Prozent des Bruttoinlandsproduktes die voraussichtlich drittniedrigste im Euroraum und dreimal geringer als im Durchschnitt aller Euro-Staaten. Deutschland wird überdies 2012 voraussichtlich das niedrigste Defizit des Euroraumes haben – das gab es noch nie!
- **Einkommensschere wird kleiner.** Beschäftigungschancen sind auch ein sehr wirksames Mittel zur Bekämpfung von Einkommensarmut. Die Einkommensunterschiede sind in Deutschland seit 2005 wieder geringer geworden – während sie in der OECD insgesamt weiter gestiegen sind. Die massivste Vergrößerung der Einkommensschere in den letzten 25 Jahren gab es in Deutschland in den sieben Jahren unter Rot-Grün!



WEICHEN NEU GESTELLT – DAS HABEN WIR ERREICHT

Hilfen für Unternehmen

- **Konjunkturprogramme.** Mit den Konjunkturprogrammen I und II wurden unter anderem Investitionen in Bildungseinrichtungen und weitere Infrastruktur gefördert. Damit konnten einbrechende Aufträge zielgerichtet aufgefangen werden. Wichtige Anliegen waren dabei die Verringerung der CO₂-Emissionen, höhere Energieeffizienz, der Einsatz Erneuerbarer Energien und besserer Schallschutz. Gerade im Zuge des beschleunigten Umstiegs in die Erneuerbaren Energien wird die Förderung auch künftig eine wichtige Rolle spielen.
- **Wachstumshemmnisse beseitigt.** Bei der Unternehmenssteuer wurden Wachstumshemmnisse zum 1. Januar 2010 im Wachstumsbeschleunigungsgesetz beseitigt. Bedingungen für Unternehmensfinanzierungen wurden verbessert.

- **Kreditleichterungen für die Wirtschaft.** Über den sogenannten „Deutschlandfonds“ konnten für viele Unternehmen des Mittelstands in Deutschland erfolgreich Kredite vermittelt werden.
- **Abschreibungsmöglichkeiten verbessert.** Die christlich-liberale Koalition hat Steuerregelungen, die sich in der Krise als besonders wachstumshemmend erwiesen haben, dauerhaft gelockert. So können Unternehmen jetzt per Sofortabschreibung Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert bis zu 410 Euro schon im Jahr der Anschaffung abschreiben. Der steuerliche Vorteil bringt gerade kleinen und mittleren Unternehmen zusätzlichen finanziellen Spielraum. Alternativ ist es auch möglich, einen Sammelposten für alle Wirtschaftsgüter zwischen 150 Euro und 1.000 Euro einzurichten
- **Unternehmensnachfolge vereinfacht.** Familienunternehmen können heute unter bestimmten Voraussetzungen erbschaftsteuerfrei auf die nächste Generation übergehen. Die christlich-liberale Koalition hat die Bedingungen hierfür krisenfest weiterentwickelt, damit bei der Nachfolge in wirtschaftlich schwierigen Zeiten der Betrieb nicht zusätzlich gefährdet wird.
- **Gewerbsteuerliche Hinzurechnung abgesenkt.** Wir haben die gewerbsteuerliche Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen für die Benutzung von unbeweglichen Wirtschaftsgütern (insbesondere Immobilienmieten) von 65 Prozent um 15 Prozentpunkte auf 50 Prozent abgesenkt. Damit entlasten wir insbesondere Einzelhandel und Gastronomie in Innenstädten.



- **Zinsschranke reduziert.** Die Zinsschranke haben wir dauerhaft herabgesetzt. Mittelständische Unternehmen können Zinsaufwendungen besser steuerlich geltend machen. Ihre Freigrenze für die sogenannte Zinsschranke liegt jetzt bei drei Millionen Euro (vorher: eine Million Euro). Das entlastet Mittelständler, die in wirtschaftlich schwierigen Situationen höhere Risikoaufschläge für Kredite zahlen müssen.
- **Umsatzsteuer für Mittelstand besser ausgestaltet.** Die Umsatzgrenze, bis zu der bei der Umsatzsteuer die so genannte Ist-Besteuerung greift, wurde für ganz Deutschland nunmehr auf 500.000 Euro festgelegt. Weite Teile des Mittelstandes zahlen die Umsatzsteuer damit erst nach tatsächlich getätigten Umsätzen. Dies entlastet die Unternehmen bezüglich der Bürokratie und verbessert ihre Liquidität.
- **Beitragsätze stabilisiert.** Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu Mindereinnahmen in der Arbeitslosenversicherung und in der gesetzlichen Krankenversicherung geführt.

Um diese Lücken zu schließen, spannte die Bundesregierung mit dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz einen Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zum 1.1.2012 gab es sogar eine Entlastung: Die Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung liegen jetzt bei 19,6 gegenüber bislang 19,9 Prozent.

Die Bundesregierung setzt damit das Ziel des Koalitionsvertrags um, die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen, und damit die Lohnzusatzkosten, zu stabilisieren.

- **Bürokratiekosten gesenkt.** Noch vor fünf Jahren mussten Unternehmen in Deutschland jährlich rund 50 Milliarden Euro für bürokratische Arbeiten aufwenden. Bis 2011 war die jährliche Belastung der Wirtschaft im Vergleich dazu um über 20 Prozent geschrumpft. Dies wurde beispielsweise durch Erleichterungen bei der Rechnungslegung und bei Statistikpflichten – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Existenzgründer – erreicht.
- **Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver.** Der Zusammenhalt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, der auch in der Krise geholfen hat, wächst mit der Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmen. Wir haben die Mitarbeiterkapitalbeteiligung steuerlich attraktiver gemacht. Bisher konnten sich Arbeitnehmer mit bis zu 360 Euro jährlich steuer- und beitragsfrei am Kapital ihres Arbeitgebers beteiligen, wenn die 360 Euro als freiwillige Leistung zusätzlich zu Löhnen und Gehältern vom Arbeitgeber gezahlt wurden. Nunmehr können Mitarbeiter Anteile an ihren



Unternehmen auch dann steuerbegünstigt erhalten, wenn diese durch Entgeltumwandlung finanziert werden.

- **Fördern und Fordern.** Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente haben wir leistungsfähiger und wirtschaftlicher gemacht und die Arbeitsmarktpolitik noch stärker unter das Leitmotiv „Fördern und Fordern“ gestellt. Eine gute Arbeitsmarktpolitik verlangt, Arbeitsuchende mit genau derjenigen Maßnahme zu unterstützen, die der individuellen Situation am besten entspricht. Deshalb haben wir mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt nicht zuletzt mehr Entscheidungsfreiheit für die Jobcenter vor Ort geschaffen.
- **Lohnuntergrenze.** Im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurde im Wach- und Sicherheitsgewerbe, im Gebäudereinigerhandwerk und in der Pflege jeweils ein Lohnuntergrenze eingeführt.

Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in

denen ein tariflich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze soll durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden. Sie soll sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren.

Die CDU will eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze. Wir wollen keinen politischen Mindestlohn.

■ **Bessere Regulierung der Finanzmärkte vorgebracht.**

Auf dem Weg zu einem globalen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte, hat die CDU-geführte Bundesregierung in Deutschland, auf europäischer und internationaler Ebene bereits große Fortschritte erzielt. Bisher nicht oder unzureichend regulierte Finanzmarktakteure, wie Hedgefonds oder Ratingagenturen, wurden einer EU-weiten Regulierung unterworfen. Für systemisch relevante Banken gibt es nun Instrumente, mit denen diese Banken mit deutlich verminderten Ansteckungsgefahren restrukturiert oder geordnet abgewickelt werden können. Mit dem Finanzstabilitätsrat wurde ein globales Frühwarnsystem geschaffen. Die Eigenkapitalforderungen für Finanzinstitute werden verschärft, die Finanzmarktaufsicht wurde effektiver und der Verbraucherschutz gestärkt.

■ **Anlegerschutz verbessert.** Der Anlegerschutz wurde von der Bundesregierung verbessert, damit Banken und Finanzinstitute nicht ohne entsprechende Hinweise für hochspekulative Produkte werben können.



Unterstützung für Familien

- **Familien entlastet.** Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wurde zum 1. Januar 2010 ein wichtiger Schritt zur Entlastung von Familien mit Kindern umgesetzt. Die Kinderfreibeträge wurden um knapp 1.000 Euro auf 7.008 Euro angehoben. Das Kindergeld stieg um 20 Euro im Monat auf 184 Euro für das erste und zweite Kind, 190 Euro für das dritte Kind und 215 Euro für jedes weitere Kind. Damit liegt Deutschland in Europa in der Spitzengruppe; nur in Luxemburg ist der Betrag noch höher.
- **Erbschaftsteuer gesenkt.** Wir haben die Erbschaftsteuer entbürokratisiert, familiengerechter, planungssicherer und mittelstandsfreundlicher gemacht. So ist beispielsweise die Erbschaftsteuerbelastung für Geschwister, Nichten und Neffen gesunken; nunmehr liegt der Erbschaftsteuertarif je nach Umfang der Erbschaft bei 15 bis 43 Prozent, statt wie bisher bei 30 bis 50 Prozent.

UNSERE ZIELE FÜR DIE KOMMENDEN JAHRE

- **In die Zukunft investieren.** Unser Hauptziel bleibt, nach Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik unser Land durch Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovationen weiter zu stärken, um den Herausforderungen der Globalisierung erfolgreich begegnen zu können.
- **Konsolidierung der Haushalte.** Mit dem Ausstieg aus den Rettungsschirmen für Unternehmen wurde der entschlossene Wiedereinstieg in den Kurs der Haushaltskonsolidierung bei den öffentlichen Haushalten getan. Dies gilt es fortzusetzen – vor allen Dingen auf der Ausgabenseite. Nur mit soliden Finanzen können wir auch für künftige Generationen ein handlungsfähiges Staatswesen erhalten.
- **Schuldenbremse einhalten. Spielräume schaffen.** Um uns dem Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts Schritt für Schritt zu nähern, werden wir die Schuldenbremse einhalten. Auf diesem Weg gelingt es, Spielräume zu gewinnen, die wir für eine Entlastung der Arbeitnehmer bei Steuern und Beiträgen brauchen.
- **Freibetrag erhöht sich.** Die Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre erlauben es, dass der steuerliche Freibetrag in der Einkommensteuer in den Jahren 2012 und 2013 in zwei Schritten auf 8.354 Euro steigen kann. So bleibt das Existenzminimum für alle steuerfrei.



■ **Veränderung der Steuertarife.** Damit die Belastungskurve durch die Anhebung der Freibeträge nicht zu steil wird, soll es entsprechende Tarifveränderungen geben. Damit wird auch der so genannten „kalte Progression“ – einer automatischen Steuererhöhung durch nominale Einkommenssteigerungen, Inflation und progressiven Tarifverlauf – der Kampf angesagt. Die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen hat dabei Vorrang. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern und 30.000 Euro Einkommen im Jahr wird ab 2014 jährlich nur noch 1.386 Euro und damit fast 11 Prozent weniger Steuern zahlen müssen als heute. Bei 60.000 Euro Einkommen im Jahr sinkt die Belastung nur um rund drei Prozent auf 8.884 Euro.

■ **Leistung muss sich lohnen.** Was wir vor der Bundestagswahl versprochen haben, gilt damit auch heute: Bei der Haushaltskonsolidierung haben wir uns gegen Steuererhöhungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entschieden und für das Sparen bei den Staatsausgaben; so wurden auch verantwortliche Entlastungen möglich. Wir wollen, dass sich Leistung und Arbeit lohnen. Wir wollen ein nachhaltiges Wachstum auf Grundlage der Sozialen

Marktwirtschaft, welches Arbeit schafft und ökologisch verantwortlich ist. So ermöglichen wir Wohlstand für alle und sichern Entwicklungschancen – und damit soziale Gerechtigkeit auch für die Zukunft.

- **Fachkräftebedarf sicherstellen.** Die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt ist nachhaltig und solide. Die CDU will das hohe Leistungsniveau sichern und weiter ausbauen. Denn durch die demografische Entwicklung wird das Erwerbspotenzial in den nächsten 15 Jahren um bis zu 6,5 Millionen schrumpfen. Der Fachkräfteengpass ist auf mittlere Sicht eine der stärksten Bedrohungen für Wohlstand und Wirtschaft in Deutschland. Die Arbeitsmarktpolitik muss sich darauf konzentrieren, Frauen und Ältere, aber auch junge Menschen, die Probleme beim Übergang von der Schule in Beschäftigung haben, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Nur so gibt es langfristigen Erfolg beim zunehmend spürbaren Fachkräfteengpass. Die Nutzung und Förderung inländischer Potenziale wird ergänzt um qualifizierte Zuwanderung. Hierfür wurden jüngst die Rahmenbedingungen verbessert – unter anderem wurde das gesetzlich notwendige Mindestgehalt als Voraussetzung für eine solche Zuwanderung gesenkt.
- **Bürokratieabbau beschleunigen.** Neben den steuerlichen Entlastungen werden wir den Bürokratieabbau mit besonderem Augenmerk auf die Belange des Mittelstands beschleunigen und uns auch auf europäischer Ebene für einen unabhängigen Rat für Bürokratieabbau einsetzen, der auf europäischer Ebene dafür eintritt, überflüssige Regelungen abzuschaffen.

■ **Globale Regeln für nachhaltiges Wirtschaften.** Um die Wiederholung einer internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu verhindern, brauchen wir globale Regeln für nachhaltiges Wirtschaften. Wir wollen damit unter anderem sicherstellen, dass gerade auch Finanzakteure ihre dienende Funktion wieder verantwortungsvoll wahrnehmen. Jedes Produkt, jeder Akteur und jeder Handelsplatz muss einer Mindestregulierung unterworfen werden. Wir werden dafür im Rahmen der G20 weiterhin eintreten und gleichzeitig in Europa vorangehen.

■ **Weg in die Europäische Stabilitätsunion unumkehrbar gestalten.** Der Anfang 2012 vereinbarte Fiskalpakt enthält weitreichende vertragliche Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa, mit denen die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigt werden, die in die Schuldenkrise geführt haben. Zu den Vereinbarungen gehören die Einführung von Schuldenbremsen in den Euro-Mitgliedstaaten sowie automatisch anlaufende Sanktionen bei der Verletzung der Defizit- und Schuldenkriterien. Die unumkehrbar zu gestaltende Stabilitäts- bzw. Fiskalunion muss auf drei Säulen beruhen: der nationalen Eigenverantwortung, der Solidarität der europäischen Partner und der Vorsorge für die Zukunft, mit der neues Vertrauen in die Haushaltsdisziplin der Euro-Zone geschaffen wird.

WIR ERMÖGLICHEN GLEICHE CHANCEN! GRUNDSÄTZE DER CDU

- **Bildung sichert Chancen.** Arbeit ist die zentrale Quelle von Einkommen und materiellem Wohlstand. Arbeit bedeutet zudem persönliche Entfaltung. Wir müssen daher alles daran setzen, dass bestehende Arbeitsplätze gesichert werden und neue Arbeitsplätze entstehen können. Bildung und Ausbildung sowie die Weiterqualifizierung der Menschen sind für verbesserte Chancen auf einen Arbeitsplatz von größter Bedeutung. Eine zentrale Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist die mittelfristige Sicherung des Fachkräftebedarfs. Nicht zuletzt auch deshalb haben wir auf unserem Parteitag in Leipzig zukunftsweisende bildungspolitische Beschlüsse gefasst.
- **Gute Rahmenbedingungen schaffen.** Der Mittelstand ist unser wirtschaftliches Rückgrat im Hinblick auf Beschäftigung, Ausbildung, Investition und technischen Fortschritt. Er ist geprägt von einer unternehmerischen Verantwortungskultur, in der die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft vorgelebt werden. Zentrales Feld unserer Wirtschaftspolitik ist daher die Förderung des Mittelstandes.

Gute Rahmenbedingungen für Unternehmen und Unternehmer sowie die Innovationsfähigkeit und Innovationsfreudigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft sind wichtig für gute Beschäftigungsperspektiven in Deutschland. Die

Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft hängt in hohem Maße von der Gründung neuer und innovativer Unternehmen ab. Wir brauchen in Deutschland noch mehr Menschen, die den Mut haben, sich mit guten Ideen, innovativen Produkten oder Dienstleistungen selbständig zu machen. Diese Menschen sollen unterstützt werden.

- **Leistungsbereitschaft fördern.** Unser Ziel war und ist es, durch sorgfältiges Haushalten finanzielle Spielräume für eine steuerliche Entlastung der unteren und mittleren Einkommen zu schaffen. Durch die positive Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und die damit einhergehend Entlastung der Staatsfinanzen ist der Einstieg in diese Entlastung noch in dieser Legislaturperiode ermöglicht worden. Die CDU-geführte Bundesregierung hat hierzu einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und
Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de
www.cdu.de | 10/0212 | Bestell-Nummer: **5650**

CDU